

MICHAEL
BEHRENDT

DIE ARABISCHE GEFAHR

Wie kriminelle Familienclans
unsere Sicherheit bedrohen

Lübbe



Das Tragische daran ist, dass der Polizeibeamte Markus Henninger bereits vor vielen Jahren vor den »Medusa Clans« gewarnt hat, aber seine Rufe leider verhallten.

Was die Sicherheitsbehörden jetzt, im Jahr 2019, dringend brauchen, ist ein Lagebild für die gesamte Hauptstadt: Wer kennt wen? Wer macht mit wem Geschäfte? Es ist zumindest in Arbeit. Jetzt, so viele Jahre nach der fundierten Warnung des Kriminalbeamten Henninger. Doch es muss auch darüber hinausgehen, es muss viel mehr geschehen, denn die Clans stoppen nicht an der Stadtgrenze, sondern strecken ihre Fühler nach allen Städten aus, in denen sie ihren Geschäften nachgehen und Geld verdienen können.

Doch gerade in Berlin verhallen die mahnenden Worte von Experten immer wieder gerne. Weil sich die Politik von Legislaturperiode zu Legislaturperiode schleppt in der stillen Hoffnung, dass sich gewisse Probleme von allein erledigen. Aber das tun sie nicht. Vergleichbar ist das mit den Warnungen der Polizeigewerkschaften: Sie sprechen seit Jahren an, dass gerade die Berliner Polizei mit ihren hauptstadtbedingten Zusatzaufgaben zu wenig Beamte hat. Wieder und wieder wurden die Listen der Überstunden der Beamten veröffentlicht, es wurde die Überalterung der Polizisten angesprochen, ebenso die mangelnde Ausrüstung. Wer sich einmal in einem der Berliner Shops aufhält, in denen Ausrüstungsgegenstände für den militärischen und polizeilichen Einsatz verkauft werden, kann sehen, wie tief die Beamten in die eigene Tasche greifen, um sich fehlende Kleinigkeiten zu kaufen, um beispielsweise ihre Schutzweste zu optimieren oder bessere Gürteltaschen für ihre Ausrüstung zu erwerben.

Erst im Juli 2019 hat die Gewerkschaft der Polizei erneut vor einer wichtigen Schieflage gewarnt: dass die Bereitschaftspolizei der Hauptstadt ob zu vieler Einsätze, Alarmierungen und Dienstzeitverlängerungen kaum noch zum Trainieren kommt. Man erinnere sich: Vor wenigen Jahren wurden diese Hundertschaften eigentlich nur bei Großdemonstrationen und den Mai-Krawallen eingesetzt. Heutzutage reiht sich Einsatz an Einsatz. Fußballspiele. Staatsbesuche. Und eben auch die Sicherungen bei Aktionen gegen die Clan-Kriminalität.

Training ist dringend nötig. Abläufe müssen eingeübt werden, wieder und wieder. Die Beamten müssen sich blind kennen und vertrauen können. Es müssen Aufgaben je nach Fähigkeit vergeben und eingespielt werden, damit es im Ernstfall auch wirklich klappt. Doch im ersten Halbjahr des Jahres 2019 blieben den Berliner Bereitschaftspolizisten gerade einmal 14 Prozent ihrer Dienstzeit, um sich auf die immer vielfältiger werdenden Lagen vorzubereiten. Berlin liegt damit weit unter den 25 Prozent, die auf Bundesebene vereinbart wurden.

Die Polizeigewerkschaft (GdP) kritisiert vor allem, wie so oft, die nicht vorhandene Fürsorge durch den Dienstherrn. »Es kann nicht sein, dass wir für jeden Murks eine Hundertschaft abstellen, das notwendige Training aber auf ein Minimum eingestampft wird«, so der stellvertretende Berliner GdP-Landeschef Stephan Kelm. 2,5 Millionen Dienststunden hatten die Bereitschaftspolizisten – 16 Hundertschaften und zwei technische Einheiten – in den vergangenen zwei Jahren abgeleistet. Auf das Training entfielen davon gerade einmal 300.000 Stunden. Früher, so der Gewerkschafter, hätten diese Polizisten mit Dienstpistole und Maschinenpistole agiert. Mittlerweile müssen sie aber auch mit

Sturmgewehren hantieren, und das muss trainiert werden. Die Arbeitsbelastung steigt stetig, nicht nur, aber auch wegen der arabischen Clans.

Um der Bevölkerung zu suggerieren, dass das Thema jetzt endlich ernst genommen wird, müssen die Bereitschaftspolizisten immer wieder ran. Martial muss es aussehen. Nicht selten werden aus freien Tagen Arbeitstage, an denen es dem Dienstherrn egal ist, wie das Polizistenkind in den Kindergarten kommt. Immer häufiger müssen Hundertschaften in öffentlichen Schwimmbädern für Ruhe sorgen, weil muslimische Jugendliche Streitigkeiten anzetteln und es zu Ausschreitungen kommt. Ein Fass ohne Boden.

Berlin hat nicht zugehört, als es um die frühen Prognosen zur Clan-Kriminalität ging. Berlin hat in all den Jahren nicht auf die Forderungen der Gewerkschaften gehört. Berlin hat die Polizei zusammengespart. Die Organisierte Kriminalität hingegen hat sich in der Landeshauptstadt festgesetzt und abgeschottet. Keine guten Aussichten für die Zukunft.

Geschäftsfeld Drogenhandel

Henninger fiel bei seiner Aktenkunde auf, wie dominant der Handel mit Drogen und Kokain ist. Laut polizeilicher Kriminalstatistik führten Anfang bis Mitte der Achtzigerjahre »libanesische Tatverdächtige die absoluten Fallzahlen im BtM-Handel und Schmuggel noch vor den türkischen Tatverdächtigen an«, obwohl sie lediglich ein Dreißigstel der türkischen Berliner Bevölkerung ausmachten. Erst Ende der Achtziger- bis Anfang der Neunzigerjahre kehrte sich dieser Trend um, sodass türkische Tatverdächtige, was die absoluten Zahlen betrifft, »in diesem Deliktsbereich bis zu sechsmal so stark« vertreten waren. Seit Anfang der Neunzigerjahre geht in Berlin der Trend jedoch wieder eindeutig in Richtung libanesische und »ungeklärte« beziehungsweise staatenlose Tatverdächtige, die hinsichtlich der absoluten Fallzahlen die türkischen Tatverdächtigen deutlich hinter sich gelassen haben. Für Berlin muss daher konstatiert werden, dass der Straßenhandel, zumindest mit Heroin, von Tätern beherrscht wird, die entweder im Libanon geboren worden sind oder deren Eltern aus dem kriegsgebeutelten Land stammen. In diesem Deliktsbereich werden zehnmal mehr Menschen mit libanesischem beziehungsweise ungeklärtem Hintergrund straffällig als Menschen mit türkischer Staatsangehörigkeit.

Schon 2003 wurde deutlich, dass diese Gruppierungen ihre Dominanz nicht nur beim Verkauf von Drogen auf der Straße zeigten, sondern auch durch großangelegte Schmuggelaktionen von Drogen aus Südamerika, und das mehr als professionell und vorausdenkend sowie äußerst strategisch. Im Jahr 2000 beschlagnahmten die Sicherheitsbehörden zehn Kilogramm Kokain, das von Paris aus eingeschleust werden sollte. Hinter diesem Coup stand eine libanesisch-kurdische Großfamilie. Es gab Durchsuchungsbeschlüsse bei dem Organisator, einem Sozialhilfeempfänger. In einem Bankschließfach wurden 415.000 D-Mark Bargeld entdeckt. Die Beamten beschlagnahmten zudem eine Luxuslimousine.

Die Professionalität der Täter hat Henninger bereits vor mehr als einem Jahrzehnt erkannt und öffentlich gemacht. Die Arbeit innerhalb der Familie wird aufgeteilt: Beschaffung, Lagerung, Transport. Die Clans arbeiten in ihren Refugien. Es gibt Hierarchien in den Großfamilien. Die Älteren übertragen Aufgaben auf der Straße dem Nachwuchs, agieren als Chefs. Die großen Aktionen werden nur vom absoluten »Inner Circle« geplant und abgewickelt. Soldaten, die mit kleineren Aufgaben betraut werden und auch anderen Nationalitäten angehören können, gibt es nur auf unterer Ebene. Das ist bis heute so geblieben. Das »Fußvolk« kann schließlich notfalls geopfert werden, denn im Falle einer Festnahme würden sie die Drahtzieher niemals nennen. Teils aus Angst, aber vor allem auch weil ein entschlossener, aber auch loyaler Soldat nach Verbüßung seiner Strafe es zu etwas bringen kann. Das können materielle Belohnungen sein oder die Verantwortung für eine größere Aufgabe. Oftmals reicht allein die Hoffnung, in der Hierarchie aufsteigen zu können.

Die Kontakte der Clans sind schon lange international. Also nicht nur ins Ruhrgebiet oder in die Hansestadt Bremen, sondern auch in die Niederlande, in die Schweiz, in die skandinavischen Länder, die Türkei und den Libanon und ganz besonders nach Brasilien und Paraguay – die Heimat des weißen Gifts Kokain. Unzählige Akten hat Henninger ausgewertet, analysiert und zusammengetragen. Sein Ergebnis: Die Verbindungen ins Ausland werden mit dortigen Angehörigen der entsprechenden Clans gehalten.

Henninger beruft sich in seinem Aufsatz auf vorsichtige Schätzungen des libanesischen Außenministeriums, wonach bereits zur Zeit des Erscheinens seiner Ausführungen etwa acht Millionen Diaspora-Libanesen gezählt werden. In Brasilien sollen damals bereits drei bis sechs Millionen Libanesen gelebt haben. Und auch die südamerikanischen Sicherheitsbehörden sollten ihre Probleme mit den Libanesen bekommen – laut dem Papier ermittelte die brasilianische Bundespolizei ab 1992 gegen die sogenannte Libanesen-Connection, die »sich als kriminelle Organisation mit internationalem Drogenhandel, Raubüberfällen, Wirtschaftsbetrug, Dokumentenfälschung und Pkw-Diebstählen in Südamerika, den USA, dem mittleren Orient und Europa beschäftigte«.

Das große Problem für die Behörden: Kein Polizist, möge er noch so gut ausgebildet oder gar selbst orientalischer Abstammung sein – niemand dringt in den »Inner Circle« ein. Selbst dann nicht, wenn er aus dem Libanon stammt und eine gute Legende für die Arbeit eines verdeckten Ermittlers mit sich bringt.

Geschäftsfeld Prostitution

Unweit des Kurfürstendamms, an der Kurfürstenstraße mit ihren Nachbarstraßen, macht sich das Elend auf den Gehwegen breit. Unzählige Frauen aus Rumänien, Bulgarien und Ungarn verkaufen hier ihre Körper. Man verspricht den jungen Frauen in der Prachtstadt Berlin anständige Jobs und die Aussicht auf ein besseres Leben. Doch am Ende landen sie in kleinen Wohnungen, in denen so viele Mädchen wie möglich untergebracht werden, und

sie arbeiten nicht in Cafés, sondern auf der Straße. In einer Gegend, in der man nicht leben möchte, zwischen Kampfhunden, Fixernadeln und Urin in den Hauseingängen. Der Sex ist schnell und billig. Schon ab 20 Euro kann sich der mutige Freier ein Mädchen vom Straßenrand in sein Auto holen. Das Geschäft floriert.

Die Zuhälter stammen ebenfalls aus Osteuropa. Sie haben ihren Huren etwas zu sagen, jagen ihnen Angst ein. Aber sie stehen nicht an der Spitze der Hierarchie; das sind die Clans. Denn wenn in der Stadt illegales Geld verdient wird, womit auch immer, dann treten die Clans auf den Plan. Und mit Prostitution ist viel Geld zu machen. Ein Zivilbeamter, der anonym bleiben will, sagt mir: »Es gibt einen stadtbekanntem Araber, der ist selbst kein Clan-Mitglied. Der hat das absolute Sagen in der Kurfürstenstraße und der Umgebung. Er hat sich durch unglaubliche Brutalität einen Namen in der Stadt gemacht, seine Familie steht hinter ihm. Und er ist befreundet mit einem Führungsmitglied eines der mächtigsten und bekanntesten Clans von Berlin.« Er erzählt weiter von Standgebühren pro Frau und Areal und dass sich die Clan-Mitglieder die Finger nicht schmutzig machten, sondern das Geld von den bulgarischen, ungarischen und rumänischen Zuhältern abholten: »Sie leben von ihrem Ruf. Wenn sich ein ausländischer Zuhälter widersetzt, wird er eben einen Kopf kürzer gemacht.« Das bedeutet Bestrafungsaktionen – mindestens schwere Prügel, gebrochene Gliedmaßen. Gerüchten nach verschwinden manche Menschen auch ...

Wie viele andere fordert auch dieser Polizist ein generelles Messerverbot, denn »fast jeder dieser Clan-Typen hat eine Klinge bei sich«. Mit einem solchen Verbot könnten die Beamten bei jeder Kontrolle nach dem Feststellen eines Messers eine Anzeige schreiben – ein weiterer nerviger Nadelstich für die Clans durch das Ausschöpfen von rechtlichen Mitteln. Er glaubt, dies würde dazu beitragen, dass in Berlin nach und nach Ruhe einkehrt. »Aber bei unseren Gerichtsurteilen lachen die sich doch einen Ast über uns«, findet er. Kriminaldirektor Dirk Jacob vom Berliner Landeskriminalamt kennt diese Probleme leider nur zu gut: »Ein Mitglied einer stadtbekanntem Großfamilie wurde nach dem Überfall auf das Pokerturnier am Potsdamer Platz zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Aber nach nur einem Jahr ist er bereits im offenen Vollzug.«

Hier sitzt das eigentliche Problem. Sicherlich müsste im Hinblick auf die Erhellung der illegalen Finanzwege umgedacht und die bereits erwähnte Beweislastumkehr eingeführt werden. Letztlich würden die geltenden Gesetze allerdings ausreichen, wenn sie konsequent angewandt würden.

Würden alle von der Polizei und Staatsanwaltschaft zusammengetragenen Beweise zur Auswertung vor Gericht nicht dadurch entkräftet werden, dass Zeugen gekauft oder derart eingeschüchtert werden, dass sie ihre Aussagen zurückziehen, dann gäbe es auch mehr Verurteilungen. Zu oft werden Beschuldigte bis zum Prozessbeginn auf freien Fuß gesetzt, weil wegen solider Familienverhältnisse keine Fluchtgefahr erkannt wird. Dass diese Zeit vor dem gerichtlichen Verfahren genutzt werden kann, um die zur Last gelegte Tat zu verschleiern, liegt auf der Hand. Es muss dafür gesorgt werden, dass sich Zeugen wieder sicher fühlen – damit sie zu ihren Aussagen stehen und somit zu einer Verurteilung der Täter beitragen.

Ein schwarzer Tag für die Berliner Polizei

Der 23. April 2003 sollte der Tag sein, der bei der Berliner Polizei und auch bei den Bürgern die Erkenntnis erbrachte, dass es nicht nur kriminelle Araber gibt, sondern dass diese im Konkurrenzkampf miteinander stehen und zudem bereit sind, diesen in der Öffentlichkeit auszutragen.

Auch mich hat dieser Zwischenfall im Nachhinein stark beeinflusst, weil ich durch ihn gute Freunde bei der Polizei kennenlernte. Freunde, die mir beschrieben, was genau passierte, wie sie diesen Tag erlebten und welche persönlichen Folgen dieser Vorfall für die Einzelnen hatte und immer noch hat.

Auch Martin Textor denkt heute noch daran, er kann sich an jede Minute dieses Tages erinnern. Leider, wie er sagt. Der Mann gilt als Legende bei der Berliner Polizei. Als Beobachter war er schon dabei, als Terroristen in München im Jahr 1972 das Massaker an den israelischen Sportlern verübten. Da ging etwas in ihm um. Es berührte ihn, zumal er wusste – und spätestens in München mit eigenen Augen hatte mit ansehen müssen –, dass die Deutschen keine Spezialeinheit hatten, die sich Terroristen hätte entgegenstellen können. Nach jener Terroraktion wurde unter der Führung von Ulrich K. Wegener, einem Offizier des Bundesgrenzschutzes, die GSG 9 als erste deutsche Antiterrorereinheit erschaffen, aber auch vergleichbare Einheiten für jedes Bundesland, die Spezialeinsatzkommandos, kurz SEK.

Bereits im Januar 1973 war Textor der 1. Teamführer des SEK Berlin. Er lag stundenlang in Fabrikgeländen auf der Lauer, um die Angehörigen der linksterroristischen »Bewegung 2. Juni« festzunehmen. Tatsächlich war er an der Verhaftung zweier Täter persönlich beteiligt. Bis zu seiner Pensionierung leitete er das Landeskriminalamt 6, dem alle Berliner Spezialeinheiten unterstehen: das SEK, das Mobile Einsatzkommando (MEK), das damalige Präzisionsschützenkommando (PSK) und die Spurensicherung. Ein Mann, der selbst aus der Truppe kam und sich das begehrte Abzeichen des SEK – die Schwinge mit dem Berliner Bären – verdient hatte.

»Wir wussten seit den Achtzigerjahren, dass es arabische Kriminalität in Berlin gab und dass wir immer häufiger Araber festnahmen, die nicht abgeschoben werden konnten«, erzählt er. Zumeist waren das damals schon aufgepumpte und muskelbepackte Männer mit kurz rasierten Haaren aus der Türsteherszene. Schon um die Jahrtausendwende wurde laut Textor bei den Behörden zunehmend klar, »dass das keine in sich gefestigte arabische Mafia war, sondern dass mehrere einzelne Stränge die Stadt unter sich aufteilten«. Daher war damit zu rechnen, dass früher oder später Revierkämpfe stattfinden würden.

Tod im Kugelhagel

Ausgerechnet seine Einheit musste das im wahrsten Sinne des Wortes am eigenen Leib erfahren. Es war der 23. April 2003, und das 4. Team des SEK Berlin sollte einen Angehörigen einer berühmten Großfamilie an der Kienitzer Straße im Berliner Stadtteil